

Handbuch der Volksbanken und Raiffeisenbanken

**Abkommen, Beschlüsse,
Empfehlungen, Erlasse
und Rechtsvorschriften
auf dem Gebiet
des Kreditwesens**

96. Ergänzungslieferung – Stand Juni 2024



Herausgeber:
Bundesverband der Deutschen
Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V.,
Berlin

Nr. der Ergänzungslieferung	Datum des Redaktionsstandes
76.	Dezember 2012
77.	Mai 2013
78.	Oktober 2013
79.	Februar 2014
80.	August 2014
81.	März 2015
82.	September 2015
83.	April 2016
84.	Oktober 2016
85.	Mai 2017
86.	Januar 2018
87.	September 2018
88.	Mai 2019
89.	Dezember 2019
90.	Juli 2020
91.	Februar 2021
92.	August 2021
93.	Juni 2022
94.	Februar 2023
95.	Oktober 2023
96.	Juni 2024

96. Ergänzungslieferung 2024

Herausgeber: Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR), Berlin

© DG Nexolution eG, Leipziger Straße 35, 65191 Wiesbaden (2024)

Das Werk einschließlich seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Hinweise, Ratschläge und Wertungen sind von den Autoren und dem Verlag sorgfältig erwogen und geprüft, dennoch kann eine Garantie nicht übernommen werden. Eine Haftung der Autoren bzw. des Verlages und seiner Beauftragten für Personen-, Sach- und Vermögensschäden ist ausgeschlossen.

Satz: pagina GmbH, Tübingen

Druck: SDK Systemdruck Köln GmbH & Co. KG, Köln

Bestell-Nr. 951 161

Inhaltsübersicht zu Band I, II und III

1 Kreditwesengesetz

- 1.1 Gesetz über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz – KWG)
- 1.2 nicht belegt
- 1.3 nicht belegt
- 1.4 Finanz- und Risikotragfähigkeitsinformationenverordnung (FinaRisikoV)
- 1.5 nicht belegt
- 1.6 Großkredit- und Millionenkreditverordnung (GroMiKV)

2 Geschäftsbedingungen

- 2.1 Allgemeine Geschäftsbedingungen
- 2.2 Sonderbedingungen für Wertpapiergeschäfte
- 2.3 Sonderbedingungen für den Scheckverkehr
- 2.4 Sonderbedingungen für die girocard (Debitkarte)
 - 2.4.1 Sonderbedingungen für die VR-ServiceCard (Debitkarte)
 - 2.4.2 Sonderbedingungen für die digitale girocard (Debitkarte) mit individualisierten Authentifizierungsverfahren
- 2.5 Sonderbedingungen für den Sparverkehr
- 2.6 Sonderbedingungen für Anderkonten
 - 2.6.1 Sonderbedingungen für Anderkonten und Anderdepots von Rechtsanwälten und Gesellschaften von Rechtsanwälten
 - 2.6.2 Sonderbedingungen für Anderkonten und Anderdepots von Notaren
 - 2.6.3 Sonderbedingungen für Anderkonten und Anderdepots von Angehörigen der öffentlich bestellten wirtschaftsprüfenden und wirtschafts- und steuerberatenden Berufe
 - 2.6.4 Sonderbedingungen für Anderkonten und Anderdepots von Patentanwälten und Gesellschaften von Patentanwälten
- 2.7 Einheitliche Richtlinien und Gebräuche für Dokumenten-Akkreditive
- 2.8 Einheitliche Richtlinien für Inkassi
- 2.9 Sonderbedingungen für den Überweisungsverkehr
- 2.10 Sonderbedingungen für die Vermietung von Schrankfächern

- 2.11 Sonderbedingungen für die Annahme von Verwahrstücken
- 2.12 Sonderbedingungen für die Vermietung von Sparbuchschießfächern
- 2.13 Sonderbedingungen für die Abholung von Briefen und für die Überlassung von Briefschließfächern
- 2.14 Sonderbedingungen für die Benutzung des Nachttresors
- 2.15 Sonderbedingungen für Termingeschäfte
- 2.16 Sonderbedingungen für das Online-Banking
- 2.17 Sonderbedingungen für Gemeinschaftskonten
- 2.18 Bedingungen für den beleglosen Datenaustausch unter Einschaltung von Service-Rechenzentren mit ausschließlicher Autorisierung durch Begleitzettel
- 2.19 Bedingungen für die Datenfernübertragung
- 2.20 Sonderbedingungen für den Lastschriftverkehr
- 2.21 Allgemeine Bedingungen für Kredite und Darlehen
- 2.22 Sonderbedingungen für die SparCard

3 Eigenkapital und Liquidität

- 3.1 CRR
 - 3.1.1 Solvabilitätsverordnung – SolvV
 - 3.1.2 Liquiditätsverordnung – LiqV
- 3.2 nicht belegt
- 3.3 nicht belegt
- 3.4 nicht belegt
- 3.5 Grundsätze zur Liquiditätshaltung im kreditgenossenschaftlichen Verbund

4 Geldwäsche und Legitimation

- 4.1 Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten (Geldwäschegesetz – GwG)
- 4.2 Anforderungen der Aufsicht an die Geldwäschebekämpfung
 - 4.2.1 Auslegungs- und Anwendungshinweise der BaFin zum Geldwäschegesetz – Allgemeiner Teil
 - 4.2.2 Auslegungs- und Anwendungshinweise der BaFin zum Geldwäschegesetz – Besonderer Teil: Kreditinstitute

- 4.3 § 154 Abgabenordnung
- 4.4 Anwendungserlass des Bundesministeriums der Finanzen zur Abgabenordnung (Auszug zu § 154 AO)
- 4.5 § 261 Strafgesetzbuch
- 4.6 Verordnung über die Bestimmung von Dokumenten, die zur Überprüfung der Identität einer nach dem Geldwäschegesetz zu identifizierenden Person zum Zwecke des Abschlusses eines Zahlungskontovertrags zugelassen werden (Zahlungskonto-Identitätsprüfungsverordnung – ZIdPrüfV)

5 Kreditgeschäft

- 5.1 Wertermittlungsrichtlinien für Volksbanken und Raiffeisenbanken
 - 5.1.1 Einheitliche Wertermittlungsanweisung des genossenschaftlichen Finanzverbundes für das Realkreditgeschäft nach § 11, 12 des Hypothekbankgesetzes
 - 5.1.2 Wertermittlung für Forderungen, Wertpapiere, bewegliche Sicherungsgüter und sonstige Werte/Rechte
 - 5.1.3 Beleihungswertermittlungsverordnung – BelWertV
- 5.2 Richtlinien der Kreditgenossenschaften für das Geschäft mit Finanzderivaten
- 5.3 nicht belegt
- 5.4 Grundsätze des Zentralen Kreditausschusses für die Durchführung des Bankauskunftsverfahrens zwischen Kreditinstituten

6 Zahlungsverkehr

- 6.1 Bedingungen für den Geschäftsverkehr im Deutschen Genossenschaftsring
 - 6.1.1 Anlage zu § 19 der Bedingungen für den Geschäftsverkehr im Deutschen Genossenschaftsring
 - 6.1.2 Richtlinien für den beleglosen Zahlungsverkehr im Deutschen Genossenschaftsring
 - 6.1.3 Richtlinien für den Einziehungsverkehr im Deutschen Genossenschaftsring
- 6.2 Vereinbarung über den beleglosen Datenaustausch in der zwischenbetrieblichen Abwicklung des Inlandszahlungsverkehrs (Clearingabkommen)

- 6.2.1 Richtlinien für einheitliche Zahlungsverkehrsvordrucke (2016)
- 6.2.2 Vereinbarung über Richtlinien für die Beteiligung von Service-Rechenzentren am beleglosen Datenaustausch
- 6.2.3 Änderungsvereinbarung zu den bestehenden zwischenbetrieblichen Zahlungsverkehrsabkommen aus Anlass der Vollendung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion
- 6.3 Abkommen und Regelwerke im einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum (SEPA)
 - 6.3.1 Abkommen über die SEPA-Inlandsüberweisung
 - 6.3.1.1 Abkommen über die SEPA-Inlandsechtzeitüberweisung
 - 6.3.2 EPC-Regelwerk zum europäischen SEPA-Überweisungsverfahren
 - 6.3.3 Abkommen über die SEPA-Inlandslastschrift
 - 6.3.4 SEPA Core Direct Debit Scheme Rulebook des EPC (Regelwerk zum SEPA-Basis-Lastschriftverfahren)
 - 6.3.5 SEPA Business to Business Direct Debit Scheme Rulebook des EPC (Regelwerk zum SEPA-Firmen-Lastschriftverfahren)
 - 6.3.6 Abkommen über die IBAN-Regeln
 - 6.3.7 Abkommen über die Kontenwechselhilfe
- 6.4 nicht belegt
- 6.5 EU-Geldtransferverordnung
 - 6.5.1 nicht belegt
 - 6.5.2 Rückzahlung überzahlter Geldleistungen (insbesondere Renten)
 - 6.5.3 Rückzahlung von Kindergeld ausländischer Kindergeldempfänger
 - 6.5.4 Umwandlung beleghaft und beleglos erteilter Auslandszahlungsaufträge in TIPANET-Datensätze und deren Bearbeitung (TIPANET-Abkommen)
 - 6.5.5 Richtlinien für die Anwendung des Bank-an-Bank-Verkehrs
- 6.6 nicht belegt
 - 6.6.1 Grundsätze für die Zusammenarbeit zwischen den Kreditinstituten und den Rundfunkanstalten beim Einzug der Rundfunkgebühren

- 6.7 Abkommen über den Einzug von Schecks (Scheckabkommen)
- 6.7.1 Abkommen über die Änderung des Scheckabkommens, des Reisescheckabkommens sowie des Wechselabkommens
- 6.8 Abkommen über den Einzug von Reiseschecks (Reisescheckabkommen)
- 6.9 Abkommen über den Einzug von Wechseln und die Rückgabe nicht eingelöster und zurückgerufener Wechsel (Wechselabkommen)
- 6.9.1 Fristablauf bei Wechseln während der Feiertage zum Jahreswechsel
- 6.10 Abkommen über die Datenfernübertragung zwischen Kunden und Kreditinstituten (DFÜ-Abkommen)
- 6.10.1 Änderungsvereinbarung zum Abkommen über die Datenfernübertragung zwischen Kunden und Kreditinstituten (DFÜ-Abkommen)
- 6.10.2 nicht belegt
- 6.11 Homebanking-Abkommen
- 6.12 Vereinbarung über das „Deutsche Geldautomaten-System“
- 6.12.1 Vereinbarung über die Festsetzung einer Höchstgebühr für die Benutzung der institutsübergreifenden Geldautomaten
- 6.13 Vereinbarung über ein institutsübergreifendes System zur bargeldlosen Zahlung an automatisierten Kassen (electronic cash-System)
- 6.14 nicht belegt
- 6.15 nicht belegt
- 6.16 Vereinbarung über die Absicherung der PIN für von Instituten der deutschen Kreditwirtschaft herausgegebene Bankkarten und Sparkassenkarten (PIN-Vereinbarung)
- 6.17 Abkommen über das Interbankenband
- 6.18 Verordnung über die Prüfung von Bargeld (Bargeldprüfungsverordnung – BargeldPrüfV)
- 7 Jahresabschluss und Rechnungswesen**
- 7.1 Kreditinstituts-Rechnungslegungsverordnung – RechKredV
- 7.2 Bekanntmachung zur RechKredV
- 7.3 Prüfungsberichtsverordnung – PrüfBV

- 7.3.1 Begründung der BaFin zur PrüfV
- 7.4 nicht belegt
- 7.5 nicht belegt
- 7.6 Regelungen zur Pauschalwertberichtigung bei Kreditinstituten
- 7.6.1 Berechnungsschema für Pauschalwertberichtigungen bei Kreditinstituten

- 8 Zinsen und Gebühren**
 - 8.1 Preisangabengesetz (PreisAngG)
 - 8.2 Preisangabenverordnung (PAngV)
 - 8.3 Preisklauselgesetz (PrKG)
 - 8.4 Ausführungshinweise des Bund-Länder-Ausschusses „Preisangaben“ zu § 4 PAngV
 - 8.5 nicht belegt
 - 8.6 Merkblatt zur einheitlichen Gestaltung des Aushangs von Regelsätzen im standardisierten Privatkundengeschäft sowie im kartengestützten Zahlungsverkehr für Geschäftskunden (Preisaushang)

- 9 Werbung und Wettbewerb**
 - 9.1 Zentraler Wettbewerbsausschuss
 - 9.1.1 Stellungnahmen des Zentralen Wettbewerbsausschusses
 - 9.2 Mitteilung Nr. 3003/2003 der Deutschen Bundesbank vom 27. März 2003 zur Abbildung von Banknoten zu Werbe- und anderen Zwecken
 - 9.3 VR-UmzugsService
Richtlinien für die Übertragung von Geschäftsbeziehungen der Kunden von einer Genossenschaftsbank auf eine andere infolge Wohnsitzwechsels

- 10 Arbeits- und Sozialrecht**
 - 10.1 Tarifverträge und Erklärungen der Tarifvertragsparteien
 - 10.1.1 Teil A: Manteltarifvertrag für die Volksbanken und Raiffeisenbanken sowie die genossenschaftliche Zentralbank (MTV)
 - 10.1.2 Teil B: Vergütungstarifvertrag für die Volksbanken und Raiffeisenbanken sowie die genossenschaftliche Zentralbank (VTV)

- 10.1.3 Teil C: Tarifliche Vergütungsordnung für Bestandskräfte 2019 (VO-BK 2019)
- 10.1.4 Teil D: Tarifvertrag über Leistungen nach dem Vermögensbildungsgesetz (VL-TV)
- 10.1.5 Teil E: Tarifvereinbarung zur Absicherung von Arbeitsplätzen und Einkommen bei Rationalisierungsmaßnahmen (Rationalisierungsschutzabkommen – RSA)
- 10.1.6 Teil F: Altersteilzeit-Tarifvertrag (ATZ-TV)
- 10.1.7 Teil G: Langzeitkonten-Tarifvertrag (LZK-TV)
- 10.1.8 Teil H: Demographie-Tarifvertrag
- 10.1.9 Teil I: Tarifvertrag zur leistungs- und/oder erfolgsorientierten Vergütung (TV LEV)
- 10.1.10 Anhang I: Erklärung der Tarifparteien zur Ausbildung und Übernahme
- 10.1.11 Anhang II: Gemeinsame Erklärung zum Anlegerschutz- und Funktionsverbesserungsgesetz
- 10.2 Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung (Betriebsrentengesetz – BetrAVG)
- 10.3 Verordnung über die Berufsausbildung zum Bankkaufmann und zur Bankkauffrau
 - 10.3.1 Rahmenlehrplan für den Ausbildungsberuf Bankkaufmann und Bankkauffrau
 - 10.3.2 Ausbilder-Eignungsverordnung
- 10.4 Betriebsverfassungsgesetz
- 10.5 Bekanntmachungspflichtige Regelungen im Bereich des Arbeitsrechts
 - 10.5.1 Arbeitszeit
 - 10.5.1.1 Arbeitszeitgesetz
 - 10.5.1.2 Ladenschlussgesetz
 - 10.5.2 Betriebsvereinbarung/Tarifverträge
 - 10.5.2.1 Betriebsverfassungsgesetz
 - 10.5.2.2 Tarifvertragsgesetz
 - 10.5.3 Gleichbehandlung
 - 10.5.4 Jugendschutz
 - 10.5.5 Mutterschutz

- 10.5.6 Sicherheit/Unfallverhütung
- 10.5.6.1 Arbeitsstättenverordnung
- 10.5.6.2 Berufsgenossenschaftliche Regeln und Vorschrift für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit – Unfallverhütungsvorschrift „Grundsätze der Prävention“
- 10.5.7 Stellenausschreibung/Teilzeitarbeit
- 10.6 Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz – MiLoG)

11 Vorschriften für Sicherheit und Gesundheit

- 11.1 Unfallverhütungsvorschriften
- 11.1.1 Unfallverhütungsvorschrift „Grundsätze der Prävention“ (DGUV Vorschrift 1)
- 11.1.2 Unfallverhütungsvorschrift „Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit“ (DGUV Vorschrift 2)
- 11.1.3 Unfallverhütungsvorschrift (UVV) Überfallprävention (DGUV Vorschrift 25)
- 11.2 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)
- 11.3 Richtlinien für ein einheitliches Warnverfahren im Deutschen Genossenschafts-Ring
- 11.4 Gesetz über die Durchführung von Maßnahmen des Arbeitsschutzes zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten bei der Arbeit (Arbeitsschutzgesetz – ArbSchG)
- 11.5 Verordnung über Arbeitsstätten (Arbeitsstättenverordnung – ArbStättV)
- 11.6 Gesetz zum Schutze der arbeitenden Jugend (Jugendarbeitsschutzgesetz – JArbSchG)

12 Bankenstatistik

- 12.1 Anordnungen der Deutschen Bundesbank für die von den Kreditinstituten zu erstellenden Statistiken
- 12.1.1 Monatliche Bilanzstatistik (Anlage 1 zu 12.1/Mitteilung Nr. 8005/2021)
- 12.1.2 Kreditnehmerstatistik (Anlage 2 zu 12.1/Mitteilung Nr. 8003/2004)
- 12.2 nicht belegt
- 12.3 Richtlinien

- 12.3.1 Monatliche Bilanzstatistik
- 12.3.1.1 Richtlinien zu den Anlagen zur monatlichen Bilanzstatistik
- 12.3.2 Richtlinien zur „Kreditnehmerstatistik“
- 12.3.2.1 Anlage zu den Richtlinien zur Kreditnehmerstatistik

13 Wertpapiergeschäft

- 13.1 Gesetz über den Wertpapierhandel (WpHG)
- 13.2 Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über Märkte für Finanzinstrumente und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (MiFIR)
- 13.3 Delegierte Verordnung (EU) 2017/565 der Kommission vom 25. April 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die organisatorischen Anforderungen an Wertpapierfirmen und die Bedingungen für die Ausübung ihrer Tätigkeit sowie in Bezug auf die Definition bestimmter Begriffe für die Zwecke der genannten Richtlinie
- 13.4 Verordnung zur Konkretisierung der Verhaltensregeln und Organisationsanforderungen für Wertpapierdienstleistungsunternehmen (Wertpapierdienstleistungs-Verhaltens- und Organisationsverordnung – WpDVerOV)
- 13.5 nicht belegt
- 13.6 nicht belegt
- 13.7 nicht belegt
- 13.8 Verordnung über die Prüfung der Wertpapierdienstleistungsunternehmen nach § 89 des Wertpapierhandelsgesetzes (Wertpapierdienstleistungs-Prüfungsverordnung – WpDPV)
- 13.9 Verordnung über den Einsatz von Mitarbeitern in der Anlageberatung, als Vertriebsmitarbeiter, in der Finanzportfolioverwaltung, als Vertriebsbeauftragte oder als Compliance-Beauftragte und über die Anzeigepflichten nach § 87 des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG-Mitarbeiteranzeigeverordnung – WpHGMAAnzV)
- 13.10 nicht belegt
- 13.11 Rundschreiben der BaFin 5/2018 vom 19. April 2018 (WA) (MaComp)

14 Risikocontrolling und Risikomanagement

- 14.1 Mindestanforderungen an das Risikomanagement der Kreditinstitute (MaRisk)
- 14.2 Anforderungen an die Vergütung in Banken
 - 14.2.1 Verordnung über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Vergütungssysteme (Instituts-Vergütungsverordnung – InstitutsVergV)

15 Marktmissbrauchsrecht

- 15.1 Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über Marktmissbrauch (Marktmissbrauchsverordnung) und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinien 2003/124/EG, 2003/125/EG und 2004/72/EG der Kommission – MAR
- 15.2 Delegierte Verordnung (EU) 2016/522 der Kommission vom 17. Dezember 2015 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf eine Ausnahme für bestimmte öffentliche Stellen und Zentralbanken von Drittstaaten, die Indikatoren für Marktmanipulation, die Schwellenwerte für die Offenlegung, die zuständige Behörde, der ein Aufschub zu melden ist, die Erlaubnis zum Handel während eines geschlossenen Zeitraums und die Arten meldepflichtiger Eigengeschäfte von Führungskräften
- 15.3 Delegierte Verordnung (EU) 2016/957 der Kommission vom 9. März 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards für die geeigneten Regelungen, Systeme und Verfahren sowie Mitteilungsmuster zur Vorbeugung, Aufdeckung und Meldung von Missbrauchspraktiken oder verdächtigen Aufträgen oder Geschäften
- 15.4 Delegierte Verordnung (EU) 2016/958 der Kommission vom 9. März 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die technischen Regulierungsstandards für die technischen Modalitäten für die objektive Darstellung von Anlageempfehlungen oder anderen Informationen mit Empfehlungen oder Vorschlägen zu Anlagestrategien sowie für die Offenlegung bestimmter Interessen oder Anzeichen für Interessenkonflikte

- 15.5 Durchführungsverordnung (EU) 2022/1210 der Kommission vom 13. Juli 2022 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Anwendung der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf das Format der Insiderlisten und deren Aktualisierungen
- 15.6 Verordnung zur Konkretisierung von Anzeige-, Mitteilungs- und Veröffentlichungspflichten nach dem Wertpapierhandelsgesetz (Wertpapierhandelsanzeigeverordnung – WpAV)